

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1288.

## Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Schriftleitung: Wellingerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wellingerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kopierzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamenzeile 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 183

Dresden, Donnerstag den 7. August 1924

35. Jahrg.

# Worstoß in der Räumungsfrage

## Ueberreichung der deutschen Note

S. London, 6. August. (Eig. Draht.)

Die Chefs aller alliierten Delegationen hatten im Beisein eines zweiten Bevollmächtigten und eines Sachverständigen am Mittwoch kurz vor Mittag im Auswärtigen Amt zusammen mit dem Reichskanzler Marx und Dr. Stresemann eine zweite Sitzung. Der Reichskanzler Marx überreichte im Namen der deutschen Delegation die schriftlich formulierte Antwort auf das Memorandum der Alliierten. Der britische Schatzkanzler Snowden schlug vor, die Prüfung der deutschen Antwort den zuständigen Ausschüssen zu überweisen. Herrriot und andre Delegierte widersetzten sich dem und forderten, daß sie vorher von dem deutschen Dokument, das sie noch gar nicht hätten lesen können, Kenntnis nehmen müßten. Es wurde im Sinne Herrriots beschloßen. Am abends um 9 Uhr ist eine neue Zusammenkunft der Alliierten mit den deutschen Delegierten in Aussicht genommen. An dieser Sitzung werden von jeder Delegation zwei Mitglieder und ein Sachverständiger teilnehmen. Die Veröffentlichung der deutschen Antwort wird besonders beachtet werden. Das deutsche Memorandum, das die deutsche Antwort u. a. besagt, daß die bisherigen Vorschläge über die militärische Räumung des Ruhrgebietes und über die französisch-belgische Eisenbahnrechte im besetzten Gebiet den Buchstaben des Versailler Vertrags und dem Geiße des Dawes-Planes widersprechen.

## Das Begleit Schreiben

Das Begleit Schreiben, mit dem die deutsche Delegation ihre Antwort auf das Memorandum der Alliierten nach London überreichte, hat folgenden Wortlaut:  
"Der Präsident! Entsprechend der in der gestrigen Sitzung getroffenen Absprache beehre ich mich, Eurer Exzellenz anbei Überreichung der deutschen Delegation zu den bisherigen Beschlüssen der Interalliierten Kommissionen zu überreichen. Die Länge der zur Verfügung stehenden Zeit hat es der deutschen Delegation nicht ermöglicht, sich über alle Einzelheiten der interalliierten Beschlüsse und ihre Tragweite ein hinreichendes Urteil zu bilden. Ich bitte die Überreichung der deutschen Delegation, insbesondere ihre Formulierung unter diesem Gesichtspunkte betrachten zu wollen. Dabei nehme ich an, daß die nach erforderlicher Mäßigung im Wege der gegenseitigen Ansprache herbeizuführenden werden wird.  
Am Schluß des Beschlusses ist mir, bevorzuehend, daß die vorliegenden interalliierten Beschlüsse nach Ansicht der deutschen Delegation den mit der Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes zusammenhängenden Fragenkomplex nicht erschöpfen. Die deutsche Delegation muß insbesondere entscheidenden Wert darauf legen, die Frage der militärischen Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus bestehenden Gebiete zur Erörterung zu stellen. Andererseits hat der Herr Präsident der zweiten Kommission in seinem Begleit Schreiben zu den Beschlüssen dieser Kommission erwähnt, daß die französischen und belgischen Decretes über die Zuteilung von etwa 5000 französischen und belgischen Eisenbahnbediensteten auf bestimmten Strecken des interalliierten Gebietes verlangen. Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß diese Anordnungen mit dem Sachverständigenplan nicht vereinbar sind. (Sonderdruck) Die deutsche Delegation, die Veränderung meiner ausgegebenen Nachachtung. gez. Marx."

## Ein peinlicher Zwischenfall

S. London, 6. August. (Eig. Draht.)  
Die zweite gemeinsame Sitzung der Alliierten mit den Deutschen hat nicht den Verlauf genommen, den man gewünscht und anfänglich erwartet hatte. Sie begann um 11 1/2 Uhr vormittags und dauerte bis 1 Uhr. Nachdem die deutsche Delegation ihre Stellungnahme zu den Beschlüssen der alliierten Konferenz nach Rücksprache mit MacDonald am Dienstagabend schon am Mittwoch, um 11 Uhr vormittags, überreichte und die Alliierten in einer gemeinsamen Sitzung zum deutschen Memorandum und Begleitbrief Stellung genommen hatten, sollte in der anschließenden Sitzung die Diskussion erfolgen. Die Sitzung wurde eingeleitet durch eine mündliche Erläuterung des deutschen Memorandums durch Marx, die ungefähr eine Stunde in Anspruch nahm. Im Verlauf der Überreichung der Ausführungen des Reichskanzlers ins Französische machte Herrriot einen Seitenhieb, der in drastischer Weise die Verwandlung der französischen Delegation über den deutschen Standpunkt zum Ausdruck brachte. Auch MacDonald hat am Schluß der Überreichung ins Englische geäußert, daß Marx eine Reihe von Fragen angeschnitten habe, die mit dem Untertan nicht zusammenhängen. Tatsächlich ist in dem deutschen Memorandum und im Begleitbrief zum Memorandum die Räumungsfrage angeschnitten worden. Die Art und Weise der Besprechung der deutschen Delegation bei den Alliierten ergab sich aus der

## Sofortigen Vertagung der Sitzung.

Eine neue Chefbesprechung wurde auf 9 Uhr abends festgesetzt. Die deutsche Delegation erklärt nach der Rückkehr von der Konferenz den Vorsitz über. Die Rede von Marx überlagerte, sofort durch eine andre Person. Es heißt, daß Marx in seiner Erklärung lediglich den Wunsch und die bestimmte Erwartung auf eine baldige Räumung des Ruhrgebietes zum Ausdruck brachte. Diese Stelle der Ausführungen des Kanzlers wurde angeblich vom Dolmetscher in unglücklicher Form wiedergegeben. In die Alliierten hieron inzwischen unterrichtet sein dürften, wird die Art und Weise der deutschen Delegation tatsächlich überraschende Zustimmung teilweise behoben werden können. Aber aus dem Vorfall sollte die deutsche Delegation erleben, daß in London die Form des Vorgehens wieder einmal alles ist.  
Es ist nicht anzunehmen, daß die Politik Herrriots, mit Marx möglichst schnell in persönliche Abstimmung zu treten, insolge

dieses Verlaufs der Chefbesprechung aufgegeben wird. In der Besprechung Herrriot-Max sollen hauptsächlich die Möglichkeiten der militärischen Räumung des Ruhrgebietes in Verbindung mit wirtschaftlichen Zugeständnissen Deutschlands untersucht werden, nachdem eine Behandlung des Problems der interalliierten Schulden im Augenblick vollkommen ausgeschlossen ist.

Die vielfach in deutschen Kreisen, aber auch in London verbreitete Ansicht, als ob die Haltung der Amerikaner einer Unterstützung der deutschen Wünsche gleichkäme, ist nicht begründet. Abgesehen davon, daß Morgan selbst sich zur Erholung in Schottland befindet, haben die Bankiers zu verstehen gegeben, daß sie infolge der zahlreichen Angriffe, denen sie ob ihres jüngsten Vorgehens ausgesetzt waren, sich bis zum Wiederbeginn der Verhandlungen zwischen den Staatsmännern mit ihren Meinungsäußerungen zurückhalten wünschen.

## Die Mißstimmung überwunden

London, 7. August. (Eig. Draht.)  
Die Abend Sitzung der Chefdelegierten, die um 6 Uhr begann, wurde erst nach 10 1/2 Uhr beendet. Ihr sachlicher Verlauf zeigt, daß die anfängliche Mißstimmung über den Begleitbrief zum deutschen Memorandum, der von der "militärischen Räumung" spricht, jetzt überwunden ist. Das ist zum Teil sicherlich auf den Inhalt des Memorandums selbst zurückzuführen, der auch bei der französischen Delegation nach genauem Studium nicht als ungünstig betrachtet wird. Innerhalb bleibt bemerkenswert, daß die anfängliche von Herrriot bereits für Donnerstag in Aussicht genommene Besprechung mit Marx vorläufig aufgeschoben worden ist. Die Behauptungen, daß innerhalb der französischen Delegation Erregung herrsche, weil die deutsche Delegation ohne Wissen Herrriots mit Snowden verhandelt habe, sind falsch. Vorläufig wurde nichts unternommen, um derartige Verhandlungen überhaupt zustande zu bringen.

In der Abend Sitzung wurde zunächst von den Verhandlungen, die nachmittags zwischen den Alliierten und den deutschen Sachverständigen stattfanden, Kenntnis genommen. Dieser Beratung der Sachverständigen lag das deutsche Memorandum zugrunde. Die von den Sachverständigen vorgelegene Arbeitsleistung fand die Billigung der Chefdelegierten. Die wichtigsten Fragen werden die Chefdelegierten selbst besprechen. Am Mittwoch haben sie nur die ersten Punkte der Beschlüsse der ersten Kommission der alliierten Konferenz über die Feststellung der Verfehlungen erörtert. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Am Donnerstag um 11 Uhr werden die Beratungen der

Chefdelegierten fortgesetzt. Gleichzeitig treten die Sachverständigen mit Einschluß der deutschen Sachverständigen zu einer Besprechung über die Beschlüsse der zweiten und dritten Kommission der interalliierten Konferenz zusammen.

## Die Antwort der Deutschen

### Vorbehalte über die Feststellung von Verfehlungen

### Räumung der Ruhr bis 1. Oktober

### Vollständige Amnestie

Paris, 7. August. (Eig. Draht.)  
Trotz der von der Londoner Konferenz am Mittwoch beschlossenen vorläufigen Genehmigung des deutschen Memorandums ist die Pariser Presse am Donnerstag morgen in der Lage, über dessen Inhalt sehr ausführliche Angaben zu veröffentlichen. Wir geben daraus folgendes wieder:

Im ersten Teil des Memorandums, der die Frage etwaiger Verfehlungen und Sanktionen behandelt, wird von deutscher Seite geltend gemacht, daß die gefaßten Beschlüsse der alliierten Konferenz eine Abänderung des Friedensvertrages darstellen und deshalb der Zustimmung der deutschen Regierung bedürfte. Darüber hinaus wird angeführt, daß in dem Protokoll die Rede ist von Verfehlungen schlechthin, daß es sich aber nach dem Friedensvertrag lediglich um "vorläufige" bzw. "vorläufige" Verfehlungen handeln müsse.

Im Teil 2, der der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes gewidmet ist, soll das deutsche Memorandum eine Abgrenzung der in dem Räumungsplan der interalliierten Konferenz vorgesehenen Fristen um vier bis sechs Wochen verlangen, damit die wirtschaftliche und soziale Einheit des Reiches spätestens zum 1. Oktober wiederhergestellt sei. Weiterhin wird das Ersuchen ausgesprochen, daß die Amnestie für die von den Alliierten verhängten Strafen und Ausweisungen vollständig sei, und daß die Interalliierte Rheinlandkommission in Zukunft auf das Recht, Ausweisungen vorzunehmen, verzichtet. Das Memorandum fügt hinzu, daß wenn die deutsche Regierung in diesem Punkte nicht die gewünschten Ermäßigungen erhalte, werde sie sich außerstande sehen, ihrerseits die wegen ihrer aktiven Unterstützung der Besatzungsbehörden sowie die wegen Teilnahme an der separatistischen Bewegung Verurteilten zu begnadigen. — Nach dem "Quotidien" ist man in Konferenzkreisen der Auffassung, daß über diesen Punkt eine Verständigung dahin erzielt werden könne, daß sämtliche Regierungen eine Amnestie ohne Einschränkungen und Vorbehalte verfügen. Der zweite Teil des deutschen Memorandums schließt mit einigen Vorbehalten gegen die von der Konferenz zugunsten der Anleihegläubiger ausgesprochene Priorität auf alle Einnahmequellen des Reiches.

Teil 3 erklärt, daß die deutsche Regierung mit den von der dritten Kommission aufgestellten Grundbesitz bezüglich der Sachleistungen und der Ueberweisungen einverstanden sei. Die deutsche

# Schutzoll und Grundrente

Die Landwirtschaft fordert wieder einmal Schutzoll. Vor 20 Jahren erreichte sie schon einmal noch härteren Stampfe, daß auf den Doppeljeckener Getreide 3 M. Schutzoll gelegt wurden. Das war 1906. Damals war die Landwirtschaft mit 50 und noch mehr Prozent verschuldet. Heute ist sie infolge der Inflation und der zurückgehenden Papiermarkthypotheken in den meisten Fällen schuldenfrei. Wenn auch die allgemeinen Löhne heute etwas höher sein mögen als 1906, so steht doch die Landwirtschaft im ganzen viel günstiger da als damals.

Schutzölle haben nicht nur eine Protuberanz zur Folge, sie haben für die Volkswirtschaft eine noch viel wichtigere Bedeutung. Nach dem preussischen statistischen Jahrbuch für 1911 sind auf den preussischen landwirtschaftlichen Grundbesitz gegen 1904 an Hypotheken einbezahlt worden: 1908 ein Mehr von 584 Millionen Mark, 1909 ein weiteres Mehr von 640 Millionen Mark, zusammen 1224 Millionen Mark. Diese Summen sind zum größten Teil kapitalisierte Schutzölle, was sich besonders zeigt beim Verkauf von schuldenfrei aufgetriebenen Gütern. Der Schutzoll bildet somit die Quelle erhöhter Einnahmen für den Verkäufer, das heißt, für den sich zur Ruhe setzenden Landwirt oder für den jüngeren oder gelegentlichen Bodenbesitzer. Der Nachbesitzer mag leben, wie er die Verzinsung des erhöhten Kapitals aufbringt. Die Folge ist die dauernde Verteuerung landwirtschaftlicher Produkte. Und das alles ist möglich, weil unser "deutsches" Bodenrecht die freie Veräußerlichkeit von Grund und Boden zu jeder Zeit und zu jedem Preise zuläßt. So ist es gekommen, daß der Schutzoll von 1906 bei dem nächsten Preiswechsel im erhöhten Güterpreise marktwirtschaftlich und der Rodwelt als hypothekarische Mehrbelastung aufgebürdet wurde. Was nach 1906 geschah, wird sich nach 1921 wiederholen, wenn die Wünsche der Agrarier befriedigt werden. Der arbeitende Landwirt hat absolut kein Interesse an teurem Grund und Boden, für den er hohe Zinsen aufzubringen hat, er ist vielmehr aufs höchste daran interessiert, daß der Grund und Boden möglichst billig ist, damit er die erwarteten Zinsen für Verbesserung der Betriebsanrichtung und für Fehlung der Erzeugung verwenden kann.

Wie kann nun erreicht werden, daß die Arbeit geschützt und der Bodenwucher verhindert wird? Dazu ist unbedingt notwendig, daß unser jetziges Bodenrecht Änderungen und Einschränkungen erfährt. Der "händige" Zeitraum für Schuldenwesen beim Reichsarbeitsministerium", dem alle Gewerkschaften und hervorragende Sachverständige angehören, hat bereits 1920 den Entwurf eines "Bodenreformgesetzes" (Gesetz über den erleichterten Erwerb und besseren Gebrauch des Deutschen Bau- und Wirtschaftslandes) ausgearbeitet und der Reichsregierung übergeben. Bis heute ist noch nichts geschehen, obwohl die Sozialdemokratische Partei durch ihren großen Antrag im Reichstag Mitte vorigen Jahres den Inhalt dieses Gesetzesentwurfes sich zu eigen gemacht hat. Was will das Gesetz?

1. Der gesamte deutsche Grund und Boden ist an einem bestimmten Stichtage durch die Bodeneigentümer selbst abzuschätzen. Geschätzt wird nur der reine Bodenwert. Alle Bestandteile, die durch Arbeits- oder Kapitalaufwendungen entstanden sind, wie Bauwerke, Einfriedigungen, Wege, Ent- und Bewässerungen, Anpflanzungen und Anlagen aller Art, über, auf und unter der Bodenfläche bleiben unberücksichtigt.

- Der festgeschätzte Wert des reinen Bodens wird durch die Steuerbehörden kontrolliert und in jedem Falle der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
- Der festgeschätzte Wert des reinen Bodens ist im Grundbuch einzutragen als "Steuerwert".
- Bei Preiswechsel soll zu diesem Steuerwert ein Ankaufsdreis bestehen zugunsten der öffentlichen Hand.
- Der eingetragene Steuerwert gilt auch als Grundlage für Besteuerung, Beleihung, Verpfändung und Enteignung.
- Bei Veräußerung in Privatband ist der neue Verkaufspreis auch der neue "Steuerwert". Der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Steuerwert ist der "unveränderte Wertzuwachs", der nach Artikel 155 der Reichsverfassung der Allgemeinheit gebührt.
- Von dem festgeschätzten Bodenwert (nach Preiswechsel immer vom neuen "Steuerwert") ist eine Grundrentensteuer zu erheben, die nach der Größe des Besitzes in einer Hand gestaffelt ist, so daß die Kleinen und mittleren Besitzer weniger belastet werden als die Großen. Bisher war es umgekehrt.

Diese Grundzüge sind in Anhalt bereits durchgeführt und bewähren sich ausgezeichnet. Auf ganz Deutschland angewandt, würden sie uns nicht nur vor den Gefahren neuer Schutzölle bewahren, sondern die Grundlage für eine gerechte Besteuerung aller Volksteile und für eine Heimstättenbildung großen Stils sein.

In Sachsen stehen wir vor der Schaffung eines neuen Grundrentengesetzes. Öffentlich bringen wir es so weit wie in Anhalt  
Rag Wagner, Dresden-Deitzau.